Menschenrechtler: Bangladesch verwehrt Rohingya Schulbesuch

3. April 2019



Bangkok (KNA) Menschenrechtler haben Bangladesch aufgefordert, Kinder von Rohingya-Flüchtlingen an staatlichen Schulen zu belassen. Die Regierung von Bangladesch habe im Januar damit begonnen, eine große Zahl von Angehörigen der muslimischen Minderheit aus Schulen im Bezirk Cox's Bazar zu verweisen, teilte die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) am Dienstag in Bangkok mit. Die Eltern der Betroffenen hätten mit illegal beschafften Papieren, die sie als Bürger von Bangladesch ausweisen, ihren Kindern die Anmeldung an den Schulen verschafft.

„Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht", betonte HRW-Bildungsexperte Bill Van Esveld. „Die Lösung für Kinder, die sich gezwungen fühlten, ihre Identität für den Besuch der Sekundarschule zu verfälschen, besteht nicht darin, sie zu vertreiben." Vielmehr sollte ihnen die Bildung ermöglicht werden, die sie verdienten. „Solange Rohingya-Flüchtlingskinder keine formale Ausbildung in den Lagern erhalten können, sollte Bangladesch ihnen erlauben, sich in örtlichen Schulen zu registrieren", sagte Van Esveld.

In den Flüchtlingslagern in Cox's Bazar leben demnach zwei Gruppen von muslimischen

RohingyaGeflüchteten: 750.000 von ihnen waren im Sommer 2017 von der Armee von Myanmar auf brutale Weise aus ihren Dörfern im Norden von Rakhine vertrieben worden. Weitere rund 200.000 Rohingya waren bereits vor Pogromen in den 1990er-Jahren in das mehrheitlich islamische Bangladesch geflohen. Die von den Schulverweisen betroffenen Kinder und Jugendlichen stammen laut HRW aus letzterer Gruppe und wurden in Bangladesch geboren.

Bangladesch erlaubt keine formalen Schulen in den Lagern. Das Schulverbot gehört zu den Maßnahmen, mit denen Bangladesch den dauerhaften Aufenthalt der Flüchtlinge verhindern will. Geduldet werden lediglich sogenannte Lernzentren, die vom Kinderhilfswerk Unicef und anderen Hilfsorganisationen betrieben werden. In den Lernzentren können die jungen Geflüchteten keine offiziell anerkannten Schulabschlüsse erwerben. Damit ist ihnen der Weg zu weiterführenden Schulen und einem Universitätsstudium versperrt.

(KNA - tkokm-89-00001)
Foto: Unsplash

Stand: 13. November 2026